

Abo Verschärfter Standortwettbewerb

Steuerrabatte für Konzerne: Der Bund arbeitet an der nächsten Unternehmenssteuerreform

Die OECD hat auf Druck der USA ihre Mindeststeuer verwässert. Auch in der Schweiz zeichnet sich ab, dass die Politik neue Abzüge erlauben will, um das Land für Konzerne attraktiver zu machen.



Konrad Staehelin

Publiziert heute um 05:39 Uhr



Wer in der Schweiz viele Angestellte beschäftigt, soll profitieren

Foto: Urs Jaudas



In Kürze:

- Der internationale Steuerwettbewerb wird härter und bringt grosse Veränderungen für Schweizer Grossunternehmen.
- Neue OECD-Regeln erlauben Steuerrabatte für Firmen mit vielen Angestellten oder Infrastruktur.
- Bürgerliche befürworten Steueranreize, um wertschöpfende Unternehmen in der Schweiz zu halten.
- Schaffhausen könnte Probleme bekommen, da US-Briefkastenfirmen keine Steuerrabatte erhalten werden.

Der internationale Wettbewerb um die besten Steuerzahler wird ruppiger und wird die Schweiz in den nächsten Jahren auf Trab halten. Vor diesem Hintergrund hat die Steuerverwaltung im Departement von Finanzministerin Karin Keller-Sutter damit begonnen, eine Gesetzesänderung zu erarbeiten. Das liegt einerseits daran, dass sie muss: Der Bundesrat hat die OECD-Mindeststeuer auf 2024 hin mit einem solchen Tempo eingeführt, dass er sich dabei verpflichtet hat, maximal sechs Jahre später ein entsprechendes Gesetz ins Parlament zu schicken. So kann dieses die Modalitäten nochmals in aller Ruhe klären.

Das Gesetzesprojekt dürfte jedoch andererseits deutlich darüber hinausgehen, einzig die aktuelle Verordnung in einen Gesetzestext zu überführen. Stattdessen zeichnet sich ab, dass auf die Unternehmensbesteuerung in der Schweiz nach der OECD-Reform bereits wieder grosse Veränderungen zukommen. Jemand, der an den ersten Besprechungen zwischen der Verwaltung und der Wirtschaft dabei war, spricht darum bereits von einer «Unternehmenssteuerreform IV».

Volk verwarf USR III deutlich

Die Vorgängerprojekte, jeweils als USR abgekürzt, waren aufgrund der Möglichkeiten für Unternehmen, Steuern zu sparen, teilweise hoch kontrovers. Nach einem aufreibenden Abstimmungskampf lehnte die Bevölkerung 2017 zum Beispiel die USR III mit 59 Prozent Nein-Stimmen deutlich ab. Die Steuerverwaltung beteuert, die jetzigen Arbeiten nicht unter diesem Titel zu führen.

Auch diese Reform dürfte Steuersenkungen für die Unternehmen bringen. Das hat insbesondere mit US-Präsident Donald Trumps Ablehnung der OECD-Mindeststeuer zu tun. Die US-Regierung hatte die Mindeststeuer zu Beginn stark unterstützt, entwickelte über die Jahre aber eine ablehnende Haltung. Mit ihrem Amtsantritt vor einem Jahr drohte die zweite Trump-Regierung Ländern mit Vergeltung für den Fall, dass diese [die Mindeststeuer auf amerikanische Firmen anwendeten](#). Sie verlangte, dass die OECD das amerikanische Steuersystem als gleichwertig betrachte.

Am 5. Januar hat die Industrieländerorganisation OECD die angepassten Spielregeln publiziert. Die USA zeigten sich zufrieden, während alle anderen Länder die Mindeststeuer weiterhin anwenden können, sofern sie wollen. Von Gleichwertigkeit kann in der Realität jedoch keine Rede sein: Unternehmen hätten Wettbewerbsvorteile gehabt, wenn sie nach dem amerikanischen System statt nach dem ursprünglichen OECD-System besteuert worden wären. Um das auszugleichen, hat die OECD ihre Regeln verwässert: Sie erlaubt den teilnehmenden Ländern, neue Steuerrabatte für Grossunternehmen einzuführen.

Es dürfte ein ganzes Paket werden

Das dürfte in der Schweiz Eingang ins neue Gesetz finden. Ein Sprecher der Steuerverwaltung schreibt, dass diese bei der Erarbeitung «auch die standortpolitischen Handlungsmöglichkeiten (...) zu erörtern» plane. Die Frage der «Zweckmässigkeit möglicher Steuergutschriften zur Abfederung der steuererhöhenden Wirkung der Mindestbesteuerung» werde Thema sein, aber auch das «Unternehmenssteuerrecht allgemein».

Letzteres heisst übersetzt: Die Wunschliste gewisser Branchen geht über die Einführung neuer Steuerrabatte im Einklang mit der OECD hinaus. Gemäss Verbandsvertretern handelt es sich insbesondere um Themen der Gruppenbesteuerung, damit zum Beispiel Verlustvorträge über alle Firmen eines Konzerns zusammen verrechnet werden können. Je nach Ausgestaltung sparen die Unternehmen so Steuern oder viel Arbeit.



Es ist unwahrscheinlich, dass die OECD-Steuer der Schweiz je so viel bringen wird wie ursprünglich erhofft: Foto vom Chemiewerk Lonza in Visp VS.

Foto: Fabrice Coffrini (AFP)

Die OECD-Mindeststeuer verlangt im Grundsatz, dass Firmen mit einem Umsatz von über 750 Millionen Euro mindestens 15 Prozent ihres Gewinns als Steuer an den Staat abliefern. Das Ziel war, damit den Standortwettbewerb mittels tiefer Steuern einzuschränken. Unter anderem die Schweiz hatte diesen zur Förderung ihrer Wirtschaft forciert; in den Kantonen mit den tiefsten Unternehmenssteuern lagen die Sätze unter 12 Prozent. Weil das System der OECD gewisse Zwangsmechanismen bei Nichtbefolgung vorsieht, stimmten ihm ursprünglich 140 Länder weltweit zu.

In der Schweiz arbeitete der Bundesrat auf eine rasche Umsetzung der Reform hin, um zu verhindern, dass Steuergelder von Unternehmen ins Ausland abfliessen. Im Sommer 2023 stimmte die Bevölkerung der Einführung eines entsprechenden Verfassungsartikels deutlich zu. Die Unternehmen werden die ersten Steuererklärungen unter dem neuen Regime bis Ende Juni einreichen.

Ursprünglich ging der Bundesrat von bis zu 3,5 Milliarden Franken zusätzlich für die öffentliche Hand aus. Tatsächlich dürfte es deutlich weniger sein, zumal die Unternehmen in den ersten Jahren von vereinfachten Berechnungsweisen profitieren können. Davon fliessen drei Viertel an die Kantone und ein Viertel an den Bund. Auch dieses Verhältnis wird die Politik im Rahmen der anstehenden Gesetzgebung neu verhandeln.

Steuersatz von unter einem Prozent möglich

«Es ist alles im Fluss, und der Ausgang bleibt unklar. Doch dass die OECD nun neue Steuerrabatte zulässt, ist im Grundsatz positiv für die Schweiz», ordnet Thomas Hug, Steuerexperte bei der Unternehmensberatung Deloitte, die Lage ein. «Politik und Verwaltung haben jetzt die Chance, mit kreativen Steueranreizen innovative Firmen langfristig an die Schweiz zu binden.» Dabei würden voraussichtlich auf Bundesebene die Leitplanken gesetzt, woraufhin die Kantone für sich entscheiden würden, welche Instrumente sie in welchem Umfang einsetzen.

Unternehmen, die im jeweiligen Land viel Personal beschäftigen oder viel Infrastruktur wie zum Beispiel Maschinen haben, können gemäss den neuen OECD-Regeln Steuersätze von deutlich unter 15 Prozent erreichen. In der Theorie sind sogar Sätze von unter 1 Prozent möglich, wie aus den Unterlagen der OECD hervorgeht. In der Praxis aber sind in der Schweiz solche Steuerrabatte nicht vorstellbar, schon nur weil die kantonalen Gewinnsteuern und die direkte Bundessteuer weiterhin bestehen. Zudem würde die Hürde eines Referendums umso höher, je grösser die Möglichkeiten für Steuerrabatte ausfielen.

«Es ist richtig, dass wir in der Schweiz kein Steuerdumping betreiben», sagt dazu der Zürcher FDP-Nationalrat Andri Silberschmidt. «Aber für Firmen, die um Wertschöpfung bemüht sind, müssen wir attraktiver werden. Der Konkurrenzkampf hat massiv zugenommen.» Bereits vor den Regeländerungen der OECD forderte er in einem Vorstoss neue Steueranreize für Firmen, die grosse Investitionen in der Schweiz tätigen.

Silberschmidt: «Zeit der reinen Briefkastenfirmen vorbei»

Probleme könnten hingegen Kantone bekommen, die heute viele Unternehmen beherbergen, die keinen grossen Fussabdruck vor Ort haben. Im Fokus steht insbesondere Schaffhausen, wo viele US-Briefkastenfirmen angesiedelt sind. Für diese dürften die USA neu steuerlich attraktiver werden, da allfällige neue Steuerrabatte in der Schweiz für sie keine Gültigkeit hätten. Silberschmidt sagt dazu: «Die Zeit der reinen Briefkastenfirmen in der Schweiz ist vorbei, und das ist auch gut so. Wir sollten solche Unternehmen vielmehr animieren, mehr Personal und Investitionen in die Schweiz zu bringen.»

Das bürgerliche Argument ist, dass Steueranreize dazu führen, dass Unternehmen entweder in der Schweiz bleiben oder sogar zuwandern. Das ist in der Summe positiv für den Staatshaushalt. Die Linke wird in der Debatte das Gegenteil behaupten: dass tiefere Steuern zu gesamthaft weniger Einnahmen führen, als wenn man die Steuern nicht senken würde. Gerade angesichts der angespannten öffentlichen Finanzen und des laufenden Entlastungsprogramms wäre dies, so es denn eintreten sollte, ein Schuss ins eigene Knie. Bisher hat die Schweiz allerdings die Erfahrung gemacht, dass Unternehmen auf Steueranreize reagieren und moderate Steuersenkungen meist zu höheren Gesamteinnahmen geführt haben.

NEWSLETTER

Wirtschaft heute

Erhalten Sie die wichtigsten News aus der Wirtschaft sowie die besten Hintergründe und Analysen.

Weitere Newsletter

Abonnieren

Konrad Staehelin ist Bundeshauskorrespondent für die Wirtschaftsredaktion. Ausserdem schreibt er über das Dossier Luftfahrt.
Mehr Infos

✂ @KStaeh

Fehler gefunden? [Jetzt melden.](#)

0 Kommentare